

Die Credit Suisse muss Busse tun

Im Steuerstreit bekommt die Grossbank Credit Suisse das Muskelspiel der USA zu spüren. Konzernchef Brady Dougan und Verwaltungsratspräsident Urs Rohner sollen trotzdem bleiben – vorerst. Eine Analyse.

Von Thomas Griesser Kym

Zürich. – Nun ist es für die CS so knüppeldick gekommen, wie es die Öffentlichkeit erwarten durfte, nachdem die US-Behörden die Medien sukzessive mit Eckpunkten des Abkommens zur Beilegung des Steuerstreits gefüttert hatten. Das Gute an dieser Informationspolitik: Die Bestrafung der CS hat die Märkte nicht mehr zu schrecken vermocht. Das ist ein Vorteil in Zeiten der Unrast, in denen die Wunden der Finanzkrise noch nicht ganz verheilt sind. Und auch die Credit Suisse selber kann erst mal durchatmen.

Die Busse von 2,82 Milliarden Dollar wegen aktiver Beihilfe zur Steuerflucht mutet zwar exorbitant an – dies vor allem im Vergleich zu den 780 Millionen Dollar, mit denen sich die UBS 2009 aus der Affäre ziehen konnte. Aber die Zeiten haben sich geändert: Damals war die UBS im Würgegriff der Finanzkrise in schlechterer finanzieller Verfassung, sie diente den US-Behörden als Versuchskaninchen, sie hatte Kundendaten geliefert. Und mittlerweile hat auch der politische Wind in den USA gedreht. Scharfmacher um Senator Carl Levin haben die US-Justiz unmissverständlich aufgefordert, straffällige Banken nicht mehr mit einem Vergleich laufen zu lassen, sondern ein Schuldeingeständnis einzufordern und Bussen bis an die Schmerzgrenze zu verhängen.

Reiner Tisch und Lizenz behalten
Das Gute aus Sicht der CS: Die Busse bringt sie nicht um. Ihr hartes Eigenkapital gemäss dem Regelwerk von Basel III sänke, würde die Busse auf einen Schlag verbucht, von zehn Prozent der risikogewichteten Aktiven (per Ende März) auf 9,3 Prozent. Diese Lücke wird sich füllen lassen, zumal die Anleger jetzt wissen, dass der Steuerstreit erledigt ist.
Zwar hat das US-Justizdeparte-



Wie lange noch? Urs Rohner ist möglicherweise nicht mehr lange Verwaltungsratspräsident der Credit Suisse.

Bild Alessandro della Valle/Keystone

ment der CS das Schuldeingeständnis und die Bereitschaft zur Zahlung der Milliardenbusse abgerungen. Der informellen Anklage folgt kein gerichtlicher Prozess mit der Chance zur Verteidigung. Aber wenigstens kann die Credit Suisse reinen Tisch machen, und sie behält ihre US-Lizenz, wohingegen deren Entzug die Finanzmärkte in neue Turbulenzen hätten stürzen können, woran natürlich auch die US-Institutionen kein Interesse haben.

FRAGE DES TAGES

Braucht es nach der Rekordbusse in den USA einen Wechsel in der CS-Chefetage?
Stimmen Sie heute bis 18 Uhr ab im Internet unter: www.suedostschweiz.ch.

Das freilich hindert die New Yorker Finanzaufsicht nicht, sich praktisch als Wohltäter darzustellen und, für die Bereitschaft, die CS am Leben zu lassen, einen Teil der Busse abzuschöpfen, was diese zusätzlich in die Höhe geschraubt hat.

Es wird nun spannend, wie die US-Justiz gegen andere Banken vorgehen wird, denen Gesetzesverstösse vorgeworfen werden. Werden US-Geldinstitute gleich hart angepackt wie die CS? Und wie ergeht es den anderen Schweizer Banken, gegen die bereits im Steuerstreit ermittelt wird?

Den USA gehts vor allem um Geld
Ebenso interessant ist, ob das Beispiel, das die USA an der CS statuiert haben, die Banken künftig zu einer Geschäftspolitik mit mehr Ethik und Rechtskonformität anhalten wird. Die Aussicht, Rechtsverstösse nicht mehr mit einer relativ niedrigen Vergleichszahlung und ohne Anerkennung einer Schuld beilegen zu können, mag bis zu einem gewissen Grad ein Umdenken bewirken. Allerdings wissen die Banken nun auch: Ein Schuldeingeständnis bedeutet nicht notwendigerweise den Untergang des Instituts, und mit genügend Geld lässt sich manches regeln, denn um Geld geht es den USA in erster Linie.

Das zeigt sich auch daran, dass die USA im Steuerstreit bisher nur gegen eine sehr überschaubare Anzahl Banker juristisch vorgehen, obwohl sie den Beteuerungen der CS-Spitze, sie habe eine weisse Weste, keinerlei Glauben schenken. In diesem Zusammenhang tönt es mittlerweile nicht mehr nur unglaublich, sondern geradezu peinlich, wie CS-Chef Brady Dougan und Verwaltungsratspräsident Urs Rohner wiederholen, sie hätten von den Verfehlungen Einzelner nichts gewusst und auch nichts wissen können. Die Verwaltung unverteuerter Gelder von US-Kunden war während Jahren Teil des Geschäftsmodells, und wenn Dougan nun den Ahnungslosen spielt, fragt sich die Öffentlichkeit, was dieser Topmanager den ganzen Tag tut und wie er seine Millionenboni verdient hat.

Die Tage der Chefs sind gezählt
Soll man als Konsequenz der Affäre nun die Köpfe der CS-Oberen fordern? Immerhin hat sich die ganze

Schweizer Finanzbranche lange nicht darum geschert, ob ihre Kunden steuerehrlich sind. Ausländische Gesetze spielten keine Rolle, zur Not konnte man sich hinter dem Bankgeheimnis verstecken – notabene unter den Augen einer untätigen Politik. Insofern müsste, wer diese Praktiken anprangert, auch Rücktritte bei vielen anderen Banken fordern. Die Schweizer Finanzindustrie bekäme ein echtes Führungsproblem.
Gleichwohl gilt: Wer in der Schweiz Gelder von Doppelbürgern entgegengenommen hat, hat weit weniger Dreck am Stecken als Banken, deren Berater US-Kunden vor Ort bei der Steuerflucht unterstützt haben. Die CS zählt, gemessen an ihren Praktiken und am Abkommen mit den USA, zu den Schurkenbanken. Bei ihr könnte ein Abgang von Dougan und Rohner dokumentieren, dass die Bank mit der Vergangenheit brechen will. Möglicherweise wartet die Credit Suisse jetzt einfach noch zu, bis sie Rücktritte kommuniziert.

«Das war eine kolossale Fehleinschätzung der CS»

Die Glaubwürdigkeit der CS-Führungsspitze ist nach der Rekordbusse im US-Steuerstreit dahin. Das sagt Bankenprofessor Maurice Pedergnana von der Hochschule Luzern. Die CS-Chefs sollten abtreten.

Mit Maurice Pedergnana* sprach Stefan Schmid

Herr Pedergnana, Rekordbusse und Schuldeingeständnis – wie schätzen Sie die Lösung der Credit Suisse im Steuerstreit ein?

Maurice Pedergnana: Die Lösung ist schmerzhaft, aber zumindest muss sich ein CS-Kunde nun keine Sorgen mehr machen. Generell werden US-amerikanische Behörden immer wieder unterschätzt. Da wird mit erlaubten und manchmal grenzwertigen Mitteln ein immenser Druck erzeugt. Weil ein Lizenzentzug drohte, konnte die CS zum Schluss gar nicht mehr anders. Nur hat die Bankleitung das fünf Jahre zu spät realisiert – leider.



M. Pedergnana

Warum wurde die CS härter bestraft als damals die UBS?

Weil fünf Jahre ohne massgebliches Ergebnis verstrichen sind. Der Vorwurf des unkooperativen Verhaltens gegen die CS wiegt schwer. Wer einen Fehler macht, soll auch dazu stehen.

«Darin liegt eine Chance»

Welche Fehler hat die CS-Führung denn gemacht?

Die CS wählte sich in einer anderen Welt als in jener der UBS. Das geht auf eine kolossale Fehleinschätzung der Bank zurück. Sie hätte 2009 die Möglichkeit gehabt, im Windschatten der UBS ihre Probleme zu lösen. Dass mit Brady Dougan ausgerechnet einem Amerikaner an der Bankspitze diese krasse Fehleinschätzung der US-Straf- und -Aufsichtsbehörden unterlaufen ist, ist unverzeihlich. Dass diese Einschätzung von Verwaltungsratspräsident Urs Rohner und Rechtschef Romeo Cerutti offenbar geteilt wurde, macht die Sache nur noch schlimmer. Offensichtlich haben wir es mit einer Bank ohne ausreichende Kontrollen, ohne genügendes Hinterfragen der Geschäftsmodelle sowie

deren Umsetzung und vor allem ohne Verantwortungsbewusstsein zu tun.

Ist die 2,8-Milliarden-Dollar-Busse für die CS problemlos zu verkraften?

Nein, problemlos nicht. Aber darin liegt ja vielleicht eine Chance. Dougan hat trotz seiner Erfahrung als Investmentbanker die Credit Suisse nicht auf einen überzeugenden Strategiepfad mit stabilen Erträgen führen können. Nun könnte der Moment kommen, um durch einen Führungswechsel Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und sich wie die UBS für eine defensive Investmentbanking-Strategie zu entscheiden. Die dünner gewordene Kapitaldecke lässt nicht viele Alternativen zu. Seien wir ehrlich: Die Amerikaner haben diese grossartige Bank in Grund und Boden gefahren, und zu viele Schweizer im Verwaltungsrat haben dabei zu lange zugeschaut.

Trotzdem: Personell bleibt an der Spitze der Credit Suisse vorerst alles beim Alten. Ihre Meinung dazu?

Die Glaubwürdigkeit ist dahin. Wenn die Führungsspitze nach einer solchen Busse nicht zurücktreten muss, wann dann? Ich fordere kein Köpferollen, aber ich wünsche Mitarbeitern und Kunden eine glaubwürdige Führung. Und diese werden sie auch noch bekommen – davon bin ich überzeugt.

Was bedeutet der Deal für die übrigen Banken, die mit den USA noch nach einer Lösung im Steuerstreit suchen?

Da fühlt sich jedes Geschäftsleitungsmitglied einer Bank der Gruppe 1 halbwegs wohl. Wenn das Vorgehen der CS keine personellen Konsequenzen nach sich zieht, dann muss auch kein «Kantonalbänkler» etwas befürchten. So einfach ist es aber nicht. Man muss genau hinschauen, wer wann was gewusst und im Umgang mit US-Kunden toleriert hat. Es wäre an der Zeit, dass alle Banken ihre Fehler klar zugeben und die Verantwortlichen benennen. Den Insidern sind sie in den spezifischen Fällen ja ohnehin bereits bekannt.

«Schweiz sitzt am kürzeren Hebel»

Die Amerikaner könnten sich nach der CS nun insbesondere die beiden Kantonalbanken aus Zürich und Basel vorknöpfen. Beide verfügen über eine Staatsgarantie und beide sind nicht systemrelevant – da lässt sich für die Amerikaner einiges herausholen.

Die bankinternen Hoffnungen auf eine Zahlung in der Grössenordnung von 30 Millionen Franken müssen

wohl tatsächlich höher geschraubt werden, aber einer solchen Busse hafet auch viel Willkürliches an. Mindestens der drohende Teil des Lizenzentzugs entfällt bei Kantonalbanken. Als Grundlage für eine seriöse Beurteilung dient der Fall der Credit Suisse für die beiden Banken deshalb gewiss nicht.

Wie geht es im US-Steuerstreit nun generell weiter?

Das ist kein Streit zwischen zwei Parteien auf gleicher Augenhöhe. Es erinnert mich eher an einen Boxkampf eines Schwergewichtlers mit kleinen Zwergen. Auch die Patin der Zwerge und deren Chefunterhändler können bei diesem einseitigen Kampf nichts ausrichten. Die Schweiz hat auch nicht die mediale Präsenz, um eine öffentliche Meinung herbeizuführen. Im Vergleich zu den US-Behörden sitzt sie strukturell am kürzeren Hebel. Alles andere wäre Wunschdenken. Das hat gerade eben die französische Grossbank BNP Paribas in den USA erfahren, wo sie mit 3,5 Milliarden Dollar für Verstösse gegen US-Sanktionen gebüsst wurde.

* Maurice Pedergnana ist Wirtschaftsprofessor an der Hochschule Luzern. Er leitet den Lehrgang MAS Bank Management und ist stellvertretender Leiter des Instituts für Finanzdienstleistungen Zug IFZ.